

TAGBLATT

Stadt Wil: 07. Januar 2009, 01:02

Festhalten an individuellen Rechten

Am SVP-Neujahrsapéro im «Turm» hat sich Nationalrat Lukas Reimann mit der fortschreitenden Islamisierung und dem Vorschlag zur Schaffung von Scharia-Gerichten auseinandergesetzt.

Im «Turm» an der Tonhallestrasse hat am Montagabend der vor ein paar Jahren eingeführte Neujahrsapéro der Jungen SVP des Kantons St. Gallen, der SVP-Kreis- und der Stadtpartei Wil stattgefunden. Etwa 80 Gästen konnte der Präsident der JSVP, Jeffrey Bleiker, Wildhaus, in seiner Begrüssung ein gutes neues Jahr wünschen. Der Präsident der Jungen SVP Wil, Pascal Heidelberger, stellte den Programmablauf mit dem Referat von Nationalrat Lukas Reimann zu aktuellen politischen Fragen als Haupttraktandum vor. Musikalisch umrahmt wurde die Apéroveranstaltung durch ein Schwyzerörgeltrio aus der Region. Beim letzten Neujahrstreff vor einem Jahr war der Kathi-Schülerinnenchor bei der SVP aufgetreten, was nicht überall goutiert wurde. Nun sind die Organisatoren mit ihrer Auswahl des Unterhaltungsteams auf einen Enembletyp zurückgekommen, der mit ihrer Partei gewiss assoziiert wird.

«Rechtspluralismus»

In seiner Neujahrsansprache setzte sich Lukas Reimann mit dem Ende 2008 publik gemachten Vorschlag eines Freiburger Professors auseinander, der die Einführung von Scharia-Gerichten vorschlägt. Je nach Herkunft, Ethnie oder Religion soll künftig anderes Recht gelten. Unter dem Titel «Rechtspluralismus» würden Sonderrechte und eigene Gerichte für Ausländer verlangt. Vor dem Gesetz wären dann, wie der Referent weiter ausführte, nicht mehr alle gleich in der Schweiz. Es gäbe dann Scharia-Gerichte, für die heutige Straftatbestände wie Zwangsheirat, Steinigung, Ehrenmorde usw. plötzlich geltendes Recht wären. Es verstehe sich von selbst, dass dannzumal auch Integrationsverweigerung legitimiert und die Gleichstellung von Mann und Frau abgelehnt würde.

Für Nationalrat Reimann ist eine solche Schweiz unvorstellbar. 400 Jahre humanen Fortschritts und die erkämpften Menschenrechte dürften niemals einer Kultur weichen, die keine Aufklärung und keine Tradition individueller Rechte kennt. Gewiss sei es das Recht von Menschen des entsprechenden Glaubens, nach der Scharia zu leben. Sie sollten dies aber in einem islamischen Land tun und nicht bei uns in der Schweiz. Nach den Worten des Referenten ist die fortschreitende Islamisierung ohnehin die wohl grösste Herausforderung der Zukunft für ganz Europa. Ganze Stadtteile seien schon islamisch, in nicht wenigen Schulklassen sei die Mehrheit der Lernenden islamischen Glaubens. In logischer Konsequenz warb Reimann denn auch für die Minarett-Initiative, die im Herbst 2009 vors Volk kommt. Dannzumal gelte es, ein Zeichen zu setzen gegen die oben erwähnten Tendenzen und abwegige Ideen wie die Schaffung von Scharia-Gerichten im Keime zu ersticken.

Gegen biometrische Pässe

Reimann nahm auch zu weiteren bevorstehenden Abstimmungen auf eidgenössischer Ebene Stellung. Die biometrischen Pässe und die Mehrwertsteuer-Erhöhung empfiehlt er zur Ablehnung. Erstere seien teuer und mit dem Datenschutz schwer vereinbar, die letztere Vorlage sei aufgrund der sich verschlechternden Wirtschaftslage nicht verantwortbar. Schon heute bleibe den Menschen immer weniger zum Leben. Ausführlich setzte sich der SVP-Nationalrat mit der Personenfreizügigkeit gegenüber den EU-Ländern auseinander, über die schon bald, am 8. Februar, abgestimmt wird. Werde diese ohne Einschränkung zugelassen, sei die Einwanderung nicht mehr kontrollierbar, was zwingend zu mehr Arbeitslosigkeit und höheren Sozialkosten führe. Die Alternative dazu ist, wie Reimann ergänzte, eine eigenständige Ausländerpolitik, die dem Markt entsprechend reagieren kann. Das EU-Modell sei starr und einseitig. Die Schweiz könne und solle vorteilhafterweise mit allen Staaten Verträge abschliessen, bei welchen freie Einwanderung im gegenseitigen Interesse liege. (ram.)

Copyright © St. Galler Tagblatt AG

Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von www.tagblatt.ch ist nicht gestattet.